

Beschlussantrag

der Gemeinderäte Thomas Weber, Bettina Emmerling und weiterer
Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Sicherung der Wohnbauförderung

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 1 in der 53. Sitzung des Wiener Gemeinderats
am 25.06.2019 (Rechnungsabschluss 2018, Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau,
Stadterneuerung und Frauen)

Der Rechnungsabschluss 2018 zeigt, dass im Jahr 2018 278,21 Millionen Euro für
Wohnbauförderung von Neubauten ausgegeben wurden. Dabei handelt es sich um den geringsten
Betrag der vergangenen zehn Jahre.

Im Zuge der Bauordnungsnovelle 2018 wurde eine neue Widmungskategorie betreffend das
Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz eingeführt. Die bisherige
Widmungskategorie "Gebiete für förderbaren Wohnbau" wurde durch die Widmung "Gebiete für
geförderten Wohnbau" ersetzt.

Um eine signifikante Zahl an leistbaren Wohnungen errichten zu können, soll der Anteil an
geförderter Wohnnutzfläche in der neuen Widmungskategorie "Gebiete für geförderten Wohnbau"
im Regelfall zwei Drittel betragen. Wenn zukünftig alle Wohnungen in Stadterweiterungsgebieten
zu zwei Drittel gefördert werden, ist von einem deutlichen Mehrbedarf an
Wohnbauförderungsmitteln auszugehen.

Gemäß Budgetvorschlag 2019 wurden die Ausgaben für Wohnbauförderung Neubau
(Haushaltsstelle 4820, MA 50 - BA 1) von 300 Millionen 2018 auf 242 Millionen 2019 gesenkt - das
entspricht einem Rückgang von 24%! Ein nachhaltiges Budget muss angesichts des zu
erwartenden Ansturms auf die Wohnbauförderung ausreichend Reserven vorsehen um den
erwartenden Mehrbedarf abdecken zu können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des
Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert den Stadtsenat dazu auf, den durch den Vollzug der neuen
Widmungskategorie "Gebiete für geförderten Wohnbau" zu erwartenden Mehrbedarf an
Wohnbauförderungsmitteln Neubau künftig bei der Budgeterstellung zu berücksichtigen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.

Wien, 25.06.2019